

Stand: 22.04.2026 17:46:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/770

"Bewährte Strukturen erhalten - Keine Aushöhlung der beruflichen Ausbildung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/770 vom 20.03.2024
2. Beschluss des Plenums 19/787 vom 21.03.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 21.03.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Michael Koller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Kerstin Schreyer, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels und **Fraktion (CSU)**

Bewährte Strukturen erhalten – Keine Aushöhlung der beruflichen Ausbildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass das vom Bundeskabinett (BR-Drs. 73/24) initiierte Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG) in der aktuellen Fassung gestoppt wird oder zumindest die Zugangsvoraussetzungen erheblich strenger gefasst werden.

Begründung:

Bayern steht für Qualität in Ausbildung und Betrieb. Fehlanreize für den direkten Einstieg in den Beruf unter Umgehung einer formalen Ausbildung müssen vermieden werden. Deshalb sollten eigentlich keine Anreize dafür geschaffen werden, dass eine geordnete, vollständige Ausbildung im dualen System unterwandert werden kann. Gleichwohl gibt es in Einzelfällen das Bedürfnis der Anerkennung. Diesen könnte dadurch Rechnung getragen werden, dass sehr strenge Voraussetzungen (z. B. mindestens zehnjährige Tätigkeit im Betrieb und Mindestalter von 30 Jahren) angelegt werden. Der dualen Ausbildung muss in jedem Fall der Vorzug gegeben werden. Zu klären ist auch die Frage der Anerkennung dahingehend, dass eine weitere berufliche Bildung durch die Anerkennung (Stichwort Meisterausbildung) ermöglicht wird.

Es soll in jedem Fall verhindert werden, dass junge Menschen (insbesondere unter 30 Jahre) anstelle einer geordneten, vollständigen Ausbildung eine geringqualifizierte Arbeit aufnehmen, um später auf das Validierungsverfahren zu setzen. Die Validierung kann – nachrangig zur dualen Berufsausbildung – nur ein weiterer Weg sein, individuell erworbene berufliche Handlungsfähigkeiten feststellen zu lassen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Michael Koller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Kerstin Schreyer, Konrad Baur, Norbert Dünkel, Dr. Stefan Ebner, Wolfgang Fackler, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Tobias Reiß, Jenny Schack, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Kristan Freiherr von Waldenfels und **Fraktion (CSU)**

Drs. 19/770

Bewährte Strukturen erhalten – Keine Aushöhlung der beruflichen Ausbildung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass das vom Bundeskabinett (BR-Drs. 73/24) initiierte Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz (BVaDiG) in der aktuellen Fassung gestoppt wird oder zumindest die Zugangsvoraussetzungen erheblich strenger gefasst werden.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Michael Koller

Abg. Ramona Storm

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Nicole Bäumlner

Abg. Martina Gießübel

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur Beratung rufe ich nun noch auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Florian Streibl, Felix Locke, Michael Koller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU)**

**Bewährte Strukturen erhalten - Keine Aushöhlung der beruflichen Ausbildung
(Drs. 19/770)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Michael Koller von den FREI-EN WÄHLERN das Wort. Bitte sehr.

Michael Koller (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Hohes Haus, werte Anwesende! Das geplante Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz nimmt für uns FREIE WÄHLER nicht den vollen Umfang einer soliden Ausbildung in den Blick, und das bewährte Prinzip von Fördern und Fordern wird unserer Meinung nach an dieser Stelle außer Acht gelassen.

Unbestritten ist der große Fachkräftemangel in Deutschland, aber auch in Bayern. Die Ursachen dafür sind sicherlich vielfältig. Ich möchte hier beispielsweise nur die demografische Entwicklung nennen. Unsere Wirtschaft und besonders das Handwerk leiden massiv unter diesem Fachkräftemangel. Es braucht konkrete Schritte, um dem weiteren Anstieg des Fachkräftemangels entgegenzuwirken. Wenn uns das nicht gelingt, bin ich mir sicher, dass der über Jahrzehnte aufgebaute Wohlstand auch in Deutschland in Gefahr ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Gesellschaft, und selbstverständlich ist die Industrie für den Standort Deutschland und Bayern enorm wichtig und unentbehrlich. Doch ohne die mittelständischen Unternehmen, unsere Handwerker wäre unser heutiger Lebensstandard sicher nicht so erreicht worden.

Unsere fleißigen Mittelständler sind massiv auf hochqualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Gerade deshalb sollen wir vor allem Wert auf eine solide und breit gefächerte Ausbildung der jungen Leute legen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die duale Ausbildung hat sich in unserem Land stets bewährt. Wir werden darum in Europa und weit darüber hinaus beneidet. Ich meine, sie ist ein Garant für die beste Ausstattung und für eine wunderbare Unternehmensentwicklung. Wir brauchen das durch solide Ausbildung gewonnene Fachpersonal.

Während meiner Zeit als Schreiner habe ich ebenfalls dieses duale Ausbildungssystem genossen. Ich bin froh, eine solch solide und grundständige Ausbildung erfahren zu haben, und ich muss sagen: Das, was ich damals gelernt habe, kann mir in der Zukunft niemand mehr nehmen. Ich meine, das duale Ausbildungssystem ist ein wahrer Schatz für unsere Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, unsere Unternehmen wollen von der Politik Eindeutigkeit und Verlässlichkeit. Wenn eines verlässlich und eindeutig war, dann war es die fundierte und vergleichbare Ausbildung unserer jungen Leute. Wir dürfen das Vertrauen des Handwerks und des Mittelstandes in die Politik nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Wir müssen Vertrauen schaffen. Wir dürfen für die Zukunft doch keine Gesellen und Meister des Diffusen ausbilden, sondern wir brauchen für die Zukunft wirkliche Könner, Spezialisten und Verantwortungsträger. Wir dürfen einen Qualitätsabfall in Handwerk und Mittelstand auf keinen Fall zulassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Neben der breiten und vielfältigen Ausbildung in den Berufsschulen ist es vor allem die Praxis, die unsere Ausbildungsgänge so wertvoll macht. Theorie und Praxis im richtigen Mix, Schule und Betrieb im Dialog zum Wohle unserer Auszubildenden – das

ist das bewährte Mittel, um einen gleichbleibend hohen Standard zu gewährleisten und um unsere Auszubildenden zu wirklich runden Persönlichkeiten zu machen. Gerade an das Gütesiegel "Made in Germany" soll nun die Axt angelegt werden. Für uns ist das das völlig falsche Signal.

Der vom Bund vorgelegte Gesetzentwurf ist aus unserer Sicht nichts mehr als ein Taschenspielertrick, um die Zahl der Fachkräfte künstlich zu erhöhen, um sich eine Statistik schönzurechnen. Es ist zu befürchten, dass die Ausbildungsstandards unterwandert werden. Der wirtschaftliche Druck aus dem Markt kann dazu führen, dass wirkliche Hilfskräfte statt Fachkräfte eingestellt werden. Deshalb unsere Forderungen. Ausbildung kann nicht durch eine reine Ausübung von Tätigkeiten nachgeholt oder ersetzt werden.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Kollege.

Michael Koller (FREIE WÄHLER): Es darf keine Gesellen erster und zweiter Klasse geben. – Da dies meine Premiere ist, brauche ich noch ganz kurz.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt Ihr Schlusssatz, bitte.

(Heiterkeit)

Michael Koller (FREIE WÄHLER): Solide Ausbildung muss Vorrang haben. Daraus entsteht nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön.

Michael Koller (FREIE WÄHLER): Für mich ist wichtig, dass wir auch künftig sagen können: Handwerk hat goldenen Boden. Deshalb wollen wir uns für Qualität einsetzen. – Ich kürze an dieser Stelle ab. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Koller. – Für die AfD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Storm das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ramona Storm (AfD): Wertes Präsidium, meine Damen und Herren! Nachdem immer mehr Schüler ohne ausreichende Kenntnisse die Schulen verlassen, hat die Ampel offenbar beschlossen, den fatalen Weg auf die Handwerksausbildung auszudehnen. Immerhin sind es jedes Jahr allein in Bayern immer noch über 6.000 Schüler, die ohne Abschluss aus der allgemeinbildenden Schule ins Berufsleben einsteigen wollen. Die Chancen in der Arbeitswelt sind ohne einen Abschluss natürlich fast null.

Anstatt dieser bedenklichen Entwicklung etwas entgegenzusetzen, möchte die Ampel dem Anschein nach diesen Irrweg auch bei der Handwerksausbildung gehen; denn der Gesetzentwurf der Bundesregierung ist nichts anderes als ein weiterer Schritt in Richtung Bildungsverfall und Niveauabsenkung. Er sieht vor, eine klassische Berufsausbildung durch jahrelange ungelernte Tätigkeit zu ersetzen und sich seine Fähigkeiten dann irgendwann validieren zu lassen, um dann demjenigen gleichgesetzt zu werden, der sich noch die Mühe gemacht hat, eine Ausbildung zum Gesellen oder gar eine Meisterprüfung zu durchlaufen.

Das deutsche Handwerk ist weltweit geschätzt und wird bewundert und aufgrund seiner jahrhundertelangen Tradition ein Stück unverwechselbarer deutscher Kultur. Bereits im Mittelalter haben Handwerkszünfte, die sich gebildet haben, hohe Anforderungen an ihren Nachwuchs gestellt, die Ausbildung geregelt und die Meisterprüfung zur Pflicht gemacht. Das soll jetzt alles verwässert und auf das fragwürdige Niveau gebracht werden, das in vielen Ländern bereits herrscht.

Auch wenn wir jetzt dem Antrag zustimmen, sind wir doch der Meinung, dass es mit der Ablehnung des Gesetzes allein nicht getan ist. Voraussetzung ist nämlich die Schulbildung; denn dass so viele junge Menschen keinen Abschluss schaffen oder keine Lust dazu haben, kommt nicht von ungefähr. In Schulen wird nicht mehr auf das

Leben und die Arbeitswelt vorbereitet, sondern vor Wissen und Bildung wird auf Ideologie und politische Indoktrination Wert gelegt.

(Beifall bei der AfD)

Mit Billigung der Schule den Unterricht zu schwänzen, um fürs Klima oder die Umwelt zu streiken und dabei Berge von Plastikmüll zu hinterlassen, sich auf die Straße zu kleben, den Verkehr zu behindern und sich einzubilden, damit die Welt zu retten – "Schule gegen Rassismus", das sind die Botschaften, die heute von unseren Bildungseinrichtungen ausgehen, während der Schulweg für unsere Kinder immer gefährlicher wird, und das sicher nicht nur in Regensburg.

Bei diesem zunehmenden Verfall kann nichts herauskommen. Dann finden eben Firmen keine Nachwuchskräfte, weil Schulabsolventen heute oft nicht einmal mehr der Rechtschreibung oder der Grundrechenarten mächtig sind. Dann haben wir eben in der Folge einen immer größer werdenden Fachkräftemangel, während gleichzeitig die Zahl der Bürgergeldempfänger steigt. Wo soll bei all diesen Voraussetzungen das Interesse an einer qualifizierten Ausbildung und Leistungsbereitschaft herkommen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende. Bitte Ihren Schlusssatz.

Ramona Storm (AfD): Das Bildungssystem in Bayern muss wieder zu seiner ursprünglichen Bestimmung, nämlich Wissensvermittlung statt Ideologie, zurückgeführt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Barbara Fuchs für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und der CSU bezieht sich auf das im Bund

geplante Berufsbildungvalidierungs- und -digitalisierungsgesetz. Dieser Beschluss des Bundeskabinetts geht erst ins parlamentarische Verfahren. Das heißt, es wird Verbändeanhörungen und Beratungen geben. Es werden Änderungen passieren, so wie das immer in diesen parlamentarischen Verfahren stattfindet.

Das Gesetz bezieht sich nicht ausschließlich auf das Handwerk, sondern auch auf Ausbildungen in Industrie und Handwerk sowie auf andere Formen. Es ist also nicht nur die eine Schiene. Natürlich muss so ein Entwurf mit der Expertise der Verbände, der Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammern, der Innungen und aller, die damit zu tun haben, weiterentwickelt werden. Das ist ein guter parlamentarischer Prozess.

Man muss aber trotzdem auch fragen: Warum sprechen wir denn überhaupt darüber, dass wir 2021 2,64 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren komplett ohne Berufsabschluss hatten? Hier sind wir ganz schnell bei der Bildungspolitik, die Ländersache ist. Wir müssen natürlich – das ist die Grundidee dieses Gesetzentwurfs – den Menschen ohne Ausbildung Chancen geben. Diese Menschen müssen abgeholt werden. Mir wäre es am liebsten, dies würde viel früher beginnen. In der Grundschule und in der Mittelschule kann man Unterstützungsbedarf erkennen. Da muss bereits gehandelt werden. Das haben unsere Kinder und Jugendlichen definitiv verdient, und das wäre auch für unseren gesellschaftlichen Frieden sehr wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsächlich sind trotzdem 60 % dieser gering qualifizierten Menschen ohne Berufsabschluss in Facharbeiterbereichen beschäftigt. Diesen Leuten muss man mit einer ordentlichen Entlohnung und allem, was an Möglichkeiten dazugehört, faire Chancen geben, in den Arbeitsmarkt reinzukommen. Ihre Kompetenzen müssen sichtbar und anschlussfähig werden. Gleiches gilt für Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Auch für sie müssen wir einen Zutritt in unser Berufsbildungswesen gewährleisten.

Wir sagen ganz klar: Das Niveau der beruflichen dualen Bildung und Ausbildung muss natürlich erhalten bleiben. Das heißt, jetzt müssen Mittel und Wege gefunden und entwickelt werden, wie man trotzdem Möglichkeiten schafft. Natürlich müssen auch neutrale Prüfende dabei sein, wenn es darum geht, Abschlüsse nachzuqualifizieren. Innerhalb eines Berufsbildes müssen solche Prüfungen vergleichbar sein. Wir wollen auf gar keinen Fall die berufliche Bildung, die Gesellen- und Meisterausbildung im Handwerk oder die Abschlüsse im Industrie- und Handelsbereich schwächen.

Wir werden uns bei dem Antrag der FREIEN WÄHLER und der CSU enthalten; denn es ist aus unserer Sicht zu kurz gesprungen, die bewährte Struktur zu erhalten. Wir brauchen Mittel und Wege, wie wir für die Menschen ohne Berufsabschluss oder die Menschen, die als Quereinsteiger zu uns kommen, einen fairen Zugang zu unserem Arbeitsmarkt gewährleisten. Daran wird in den nächsten Wochen gearbeitet werden. Ich bin voller Vertrauen darauf, dass auf diesem Gebiet etwas Gutes gelingen wird. In Richtung Bayern kann ich nur sagen: Bitte gehen Sie in die Bildungspolitik. Holen Sie die Kinder und Jugendlichen möglichst früh ab nach dem Motto: fördern, fordern, unterstützen. Dann haben wir nicht so viele junge Leute ohne Abschluss. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Fuchs. – Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Nicole Bäumlner das Wort.

Nicole Bäumlner (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Bewährte Strukturen erhalten – Keine Aushöhlung der beruflichen Ausbildung" – würde ich den Titel des vorliegenden Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER und der CSU isoliert betrachten, würde mein Herz als Berufsschullehrerin vor Freude höher schlagen. Mein Herz würde deswegen vor Freude höher schlagen, weil ich als Berufsschullehrerin natürlich den hohen Wert der beruflichen Ausbildung erstens kenne, zweitens schätze und drittens nicht will, dass die berufliche Ausbildung in irgendeiner Form ausgehöhlt wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben vielleicht bemerkt, dass ich im Konjunktiv spreche; denn der Dringlichkeitsantrag liegt nicht nur mit dem Titel, sondern auch mit einer Forderung und deren Begründung vor. Diese Forderung und diese Begründung hindern mich leider daran, mein Herz vor Freude höher schlagen zu lassen, sondern es stellt sich im Gegenteil Kopfschütteln ein;

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Schade!)

denn hier fehlt offensichtlich einiges an Hintergrundwissen zum Thema Validierung. Sie sind vielleicht überrascht, aber in Deutschland wird die Validierung bereits seit einigen Jahren thematisiert, und zwar im Modellversuch "ValiKom". Auch in Bayern ist das Thema berufliche Bildung im Zusammenhang mit Validierung keine Ausnahme. Ich habe für Sie alle eine gute Nachricht: Eine Aushöhlung der beruflichen Bildung ist weit und breit nicht in Sicht, sondern es läuft alles bestens.

(Beifall bei der SPD)

Am besten wenden Sie sich gerne an die Kammern, nämlich an die IHK und die Handwerkskammern. Vielleicht hätten Sie dies bezüglich der Validierung bereits vor dem Antrag machen sollen.

An dieser Stelle sei auch Folgendes gesagt: Ich weiß, Sie haben manchmal etwas gegen Gesetze aus Berlin. Sie finden sie vielleicht doof. Aber weil wir das als bayerische SPD sehen und für uns "Leben und leben lassen" gilt, dürfen Sie sich natürlich dazu äußern und Ihre Meinung kundtun. Manchmal ist es eben fraglich, ob es dann der Wirklichkeit entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe schon erwähnt, dass die Validierung als Modellversuch bereits seit einigen Jahren gut läuft. Was den neuen Gesetzentwurf betrifft, hat meine Kollegin Fuchs das

weitere Vorgehen eben ausführlich dargelegt. Ich werde deswegen aus Zeitgründen nicht näher darauf eingehen, möchte allerdings dafür plädieren: Niemand, aber wirklich niemand, möchte die berufliche Ausbildung aushöhlen. Ich stehe als Sozialdemokratin, als Berufsschullehrerin und als Gewerkschafterin hier. Sie können mir also glauben, dass mir viel an einer guten Berufsausbildung liegt.

(Beifall bei der SPD)

Ja, auch ich sehe einige Details der Validierung im Moment noch kritisch. Aber es gibt Fachleute, die sich damit beschäftigen und Anmerkungen machen, beispielsweise der Landesausschuss für Berufsbildung. Hier sind konstruktive, sinnvolle Vorschläge gemacht worden. Denen schenke ich mein Gehör, diesem fachlich unfundierten Papier aber nicht. Deswegen stimmen wir nicht zu.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Bäumler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Gießübel für die CSU-Fraktion.

Martina Gießübel (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für mich ist unser bestehendes Bildungssystem mit den Möglichkeiten vieler weiterer Qualifizierungen ein echtes Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CSU)

Ich selbst habe in diesem System zwei Berufsausbildungen absolviert, und so habe ich mir wirklich gute Voraussetzungen für mein bisheriges Arbeitsleben, aber auch für die Politik geschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die berufliche Bildung ist ein zentraler Eckpfeiler der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. Durch unser bestehendes duales System, um das uns viele Länder beneiden, können junge Leute auch ohne höhere Bildungsabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt gut Fuß fassen. Die hochwertigen

Ausbildungen in den verschiedenen Berufsgruppen helfen aber auch unseren Unternehmen. Mit hervorragend ausgebildeten Mitarbeitern können sie auf internationalen Märkten erfolgreich sein. Deutschland hat mit weniger als 5 % eine der niedrigsten Jugendarbeitslosenquoten der Welt.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist die Ampel! Das ist der Erfolg der Ampel!)

Der Grund dafür ist auch unsere praxisnahe Ausbildung, in der die Jugendlichen sofort nach der Schule etwas lernen und auch menschlich begleitet werden. Ich möchte hier wirklich auch mal die Familienbetriebe nennen; da sind die Auszubildenden ein Teil der Familie, und das ist wirklich hervorzuheben.

(Beifall bei der CSU)

In vielen anderen Ländern sind die Jugendlichen oft in der Arbeitslosigkeit oder von Arbeitslosigkeit bedroht, und sie müssen schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs annehmen. Sie würden sich so sehr einen Ausbildungsplatz wünschen. Manche gehen hierfür sogar zu uns nach Deutschland. Ich habe das selbst beruflich miterlebt, als wir junge Leute aus Spanien hier in die Ausbildung gebracht haben. Unser duales Bildungssystem ermöglicht unseren Schulabgängern mit einer Ausbildung ein Fundament für ihr berufliches Leben. Eine Berufsausbildung mit einem Abschluss muss daher neben einer akademischen Ausbildung die Regel bleiben. Das von der Bundesregierung beabsichtigte Validierungsverfahren hat allenfalls vor dem Hintergrund der Arbeitskräftesicherung Sinn, aber nicht unbedingt der Fachkräftesicherung. Mitarbeiter ohne Abschluss können hier ihre beruflichen Kompetenzen für Betriebe verwertbar machen. Das ist grundsätzlich in Ordnung.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf werden allerdings Fehlanreize für den direkten Einstieg in den Beruf unter Umgehung einer formalen Ausbildung geschaffen. Ohne Berufsausbildung sollen ihnen hier auch Weiterbildungen in nächsthöhere Berufsstufen, wie zum Beispiel die Meisterausbildung, offenstehen. Wir müssen aufpassen, dass die Qualität der formalen Ausbildung nicht in den Hintergrund gerät. Wir dürfen

auch nicht den Fehler machen, jungen Menschen immer nur die einfachen Wege zu präsentieren, und denen, die sich auf den Hosenboden setzen und lernen, eine lange Nase zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Eine gute und fundierte Ausbildung wird immer die Chancen für einen erfolgreichen Berufsweg erhöhen und auch den Arbeitsplatz sichern, das möchte ich hier auch mal ganz klar und deutlich sagen. Es gibt Menschen, denen diese andere Form des Berufszugangs hilft. Das ist klar. Ein solcher Weg sollte sich aber nicht in die Philosophie einreihen, dass man auch mit weniger Leistung zum Erfolg kommen kann. Auch sollte man sich nicht die Politiker zum Vorbild nehmen, die ohne abgeschlossene Ausbildung eine steile Parteikarriere gestartet haben.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist eine Unterstellung! – Thomas Huber (CSU): Da gibt es ja in Berlin genügend!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Freistaat tun wir wirklich alles dafür, um die Erfolgsgeschichte der beruflichen Bildung im dualen System fortzuschreiben. Dank der hohen Ausbildungsbereitschaft der bayerischen Unternehmen, für die ich mich hier auch mal ganz herzlich bedanken möchte, besteht ein starker Überhang an Ausbildungsplätzen. Junge Menschen haben die Wahl zwischen vielen verschiedenen Ausbildungsstellen. Zur Realität gehört aber auch, dass mangels geeigneter Bewerberinnen und Bewerber viele Ausbildungsstellen nicht besetzt werden können. Deshalb ist es wichtig, dass das Staatsministerium für Arbeit und Soziales unterschiedliche Formate anbietet, um junge Menschen beim Übergang von der Schule in die Berufsausbildung zu unterstützen. Wir in der Politik kriegen tagtäglich mit, was bei uns in unseren Stimmkreisen hier auch an Weiterbildung und Unterstützung geleistet wird.

Meine Damen und Herren, eine Berufsfindung ohne qualifizierte Ausbildung sollte nicht zur Regel werden. Das würde den jungen Menschen nicht helfen und unsere Wirtschaft auch weiter schwächen. Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung trägt

auch zur Arbeitsplatzsicherung bei, gerade auch jetzt in den Krisenzeiten. Die Unternehmen werden eher an den Mitarbeitern festhalten, in die sie auch investiert haben. Ein ehemaliger Chef von mir gab mir mal den Satz mit auf den Weg: Passen Sie auf, dass Sie nicht im letzten Waggon sitzen; denn der könnte irgendwann mal abgehängt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

In diesem Sinne tun wir also gemeinsam alles dafür, dass junge Menschen eine gute, qualifizierte Ausbildung erhalten können und auch unsere Ausbildungsbetriebe weiterhin große Wertschätzung für die Ausbildung junger Menschen erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Gießübel. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/770 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER sowie die gesamte AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der SPD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Damit sind wir schon am Ende der Sitzung. Ich bedanke mich für die konzentrierten Beratungen. Ich wünsche Ihnen schöne Osterferien.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/771 mit 19/773 werden jeweils in den federführenden Ausschuss verwiesen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15:52 Uhr)